

# Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren

Differentielle Raumproduktion als Ansatzpunkt  
im Spannungsfeld von institutionalisierter  
Beteiligung und Theorien konfliktorientierter  
Planung

Leon Johannes Dreißig, Anne Köllner, Lea Bauer

Stadtgeographische Arbeiten kritisieren partizipative Planungsverfahren oft für ihre postpolitische Ausrichtung. Die Beiträge sind jedoch häufig empirisch zu unspezifisch, um alltägliche Auseinandersetzungen im Rahmen solcher Planungsverfahren zu erfassen, verbleiben bei pauschaler Kritik an den Partizipationsformaten und laufen so Gefahr, zur Normalisierung der postpolitischen städtischen Kondition beizutragen. Aktuelle planungstheoretische Modelle, wie beispielsweise die agonistische Planung, werden derweil unzureichend in der alltäglichen Planungspraxis angewandt.

Vor diesem Hintergrund leitet der Beitrag auf Basis von Lefebvres Ansatz differentieller Raumproduktion einen empirischen Zugang her, der eine Blickverschiebung auf alltägliche emanzipatorische Momente in Beteiligungsverfahren anregt. Drei methodologische Kategorien zur schrittweisen Nuancierung des Blicks werden vorgeschlagen: (1) thematische und organisatorische inhaltliche Vorstrukturierungen der Partizipationsformate, (2) Umgang mit sozialen Selektivitäten kommunikativer Planung, (3) Bewusstsein für die Kontingenz urbaner Raumproduktion. Veranschaulicht werden diese Kategorien anhand von Partizipationsangeboten für das Entwicklungsgebiet Bayerischer Bahnhof in Leipzig.

*An English abstract can be found at the end of the document.*

## 1. Einleitung

Im Rahmen von Bürger\_innenforen und Themenworkshops zum Entwicklungsgebiet Stadtraum Bayerischer Bahnhof in den Jahren 2012, 2019 und 2020 diskutierten insgesamt etwa 650 Anwohner\_innen und Interessierte mit Akteur\_innen der Stadtplanung und Vorhabenträger\_innen über die Ausgestaltung eines lange Zeit brachliegenden ehemaligen Bahngeländes in der Innenstadt von Leipzig (siehe Stadt Leipzig

2025; Staeubert/Meine/Orbeck 2022: 22). Das Stadtplanungsamt und das beauftragte Planungsbüro boten Anwohner\_innen und Interessierten die Möglichkeit, sich über „aktuell[e] Entwicklungen [zu] informier[en], [diese zu] diskutier[en] und die Ergebnisse in die Planung ein[zubringen]“ (Stadt Leipzig 2025). Mit den Worten des Baubürgermeisters: „Wir wollen über Auswirkungen sprechen, die aus den verschiedenen Nutzungsansprüchen resultieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen danach in die vertiefende Masterplanung einfließen.“ (Stadt Leipzig 2012) Entsprechend dieses per Stadtratsbeschluss in das Planungsverfahren aufgenommenen Beteiligungsangebots ist davon auszugehen, dass die mitwirkenden Stadtbewohner\_innen und politischen Akteur\_innen erwarteten, „intensiv“ am Entwicklungsvorhaben beteiligt zu werden (Stadt Leipzig 2013: 4).

Doch inwieweit eröffneten die genannten Formate tatsächlich Räume für die Diskussion widersprüchlicher Nutzungsansprüche und deren Berücksichtigung bei der Gestaltung des Stadtraums? Angesichts des viel kritisierten Symbolcharakters von Partizipationsangeboten in der Planung (siehe „non-participation“ in Arnstein 1969: 217 beziehungsweise „participation“ in Selle 2011) und ihrer Einordnung in die postpolitische und neoliberale Kondition des Städtischen, widmet sich der vorliegende Beitrag in Kapitel 2 auf die Notwendigkeit, Planungsprozesse differenzierter auf widerständige Potenziale hin zu analysieren. Ein Anliegen ist es dabei nicht, konkrete Auswirkungen von Beteiligung in der Planungspraxis abschließend zu bewerten, sondern in Kapitel 3 einen methodologischen Ansatz vorzuschlagen, der die empirische Forschung schrittweise sensibilisiert für feine – bislang zu häufig implizit bleibende – Nuancen von Widerstand, Abweichung und Ambivalenzen in partizipativen Planungsprozessen. Dieser Ansatz greift auf Henri Lefebvres Ideal des *differentiellen Raums* zurück und wurde an einer Fallstudie zu den Partizipationsangeboten des Städtebauprojekts Stadtraum Bayerischer Bahnhof entwickelt. Er bietet Anhaltspunkte für künftige empirische Analysen solcher widerständigen Momente und Praxen im Kontext postpolitischer und neoliberal ausgerichteter Planungsverfahren.

Der Beitrag schließt mit einem Ausblick darauf, welche perspektivischen Verschiebungen sich aus dem vorgeschlagenen methodologischen Zugang für das Verständnis von Planungspraxis ergeben – und wie sich die Widersprüchlichkeit gelebter Urbanität als konstitutives Moment in planungsbezogene Auseinandersetzungen einbringen lässt.

## 2. Von wechselnden Planungsparadigmen zum differentiellen Raum: Planungstheoretische und stadtgeographische Perspektiven auf Beteiligung

Nach einer einleitenden Kurzbeschreibung der Entwicklung prägender beteiligungsorientierter Modelle der Stadtplanung und zugehöriger Kritiken in Abschnitt 2.1. weitet der zweite Abschnitt 2.2. den Fokus und nimmt eine kritische Einordnung stadtgeographischer Analyseperspektiven auf die postpolitischen Vorstrukturierungen von Partizipationsprozessen vor. Anschließend wird unter Zuhilfenahme von Lefebvres Vision des differentiellen Raums (Haderer 2017; Mullis 2013, 2017) in Abschnitt 2.3. eine Blickverschiebung bestehender Ansätze zur Analyse partizipativer Planungsprozesse auf emanzipatorische Momente, im Sinne beiläufiger und flüchtiger Anzeichen für die Existenz differentieller Raumproduktionen, angeregt.

### 2.1. Beteiligungsorientierte Planung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seit etwa sechs Jahrzehnten wird in Beiträgen der Stadtgeographie und -planung intensiv darüber diskutiert, was *gute* Planung ausmacht, welche Rolle Partizipation dabei spielt und wie diese gelingen kann (u. a. Arnstein 1969; Hamedinger 2020; Healy 1992; Hesse/Kühn 2023a; Pløger 2023; Purcell 2009).

Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Planungsideale entwickelt, die jeweils aus Kritiken an vorausgegangen Modellen entstanden sind und sich insbesondere damit beschäftigen, wie Konflikte in Planungshandeln eingeordnet sind und wie mit ihnen umgegangen wird (Hesse/Kühn 2023b: 427). Zunächst war das rationalistische Planungsmodell dominant, bei dem Informationen zu gesellschaftlichen Bedarfen und Gemeinwohlüberlegungen rational abgewogen werden, um zu einer öffentlichen Problemlösung zu kommen (Gribat et al. 2017: 14). Konflikte wurden in diesem Modell vernachlässigt, da der Staat die effektive Abwägung der Nutzung und Gestaltung von Raum vermeintlich auf Grundlage rational-wissenschaftlicher Bewertungskriterien führend übernahm (Rosemann 2013: 41).

Diese technokratische Auffassung von Planung rief seit den 1970er-Jahren zunehmend Widerspruch hervor, weshalb das kollaborative beziehungsweise kommunikative Planungsmodell entwickelt wurde (Healey 1992; Selle 1996). Dieses erkennt die Vieldeutigkeit sozialer

Phänomene an und leitet die Notwendigkeit ab, angesichts pluraler Stadtentwicklungsoptionen Formate für einen Dialog zwischen Planenden und Interessensgruppen zu eröffnen (Roskamm 2015: 9). Konflikte zwischen Akteur\_innen, die sich an Flächen und Projekten entzünden, sollen in diversen Partizipationsformaten bearbeitet werden, wobei stets angestrebt wird, Konsens mithilfe des jeweils besseren Arguments zu erreichen (Hamedinger 2020: 6).

Doch auch die kommunikative Wende blieb nicht ohne Kritik. Seit den 2000er-Jahren wurde vermehrt infrage gestellt, ob dieses Modell tatsächlich geeignet ist, Machtasymmetrien zu überwinden und eine Teilhabe der Vielen zu ermöglichen: Kommunale Verwaltungen – aus deren Sicht eine verbesserte Kommunikation der Schlüssel zur höheren Akzeptanz vermeintlich alternativloser Stadtentwicklungsschritte ist – würden die nun zahlreich stattfindenden Partizipationsformate lediglich inszenieren, um so Widerstand zu ermitteln, zu kanalisieren und bereits beschlossene Ziele durchzusetzen (Arnstein 1969: 217; Selle 2011). So stelle Planung Machtungleichheiten nur unzureichend infrage und trage nicht zu ihrer Überwindung bei (McAuliffe/Rogers 2019: 301). Entgegen der Vorstellung, im beschriebenen Planungsmodus könne mittels eines Diskurses unter Gleichen ein Konsens auf Basis des besseren Arguments gefunden werden, wird kritisiert, dass jedes Partizipationsformat durch soziale Selektivität geprägt ist, dabei auf machtvoll hergestelltes diskursives Wissen rekurriert (Lanz 1996: 210), von ungleichen Teilnahmemöglichkeiten gekennzeichnet ist und fortwährend gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse (re-)produziert (u. a. Dzudzek/Reuber/Strüver 2011: 7). Vielfach geben fremdbestimmte Inhalte, Arbeitsformen, Transparenzen und Entscheidungskompetenzen den Rahmen vor, in welchem sich Partizipation zu entfalten habe (Keim 2014: 185). Vorstrukturierungen von Problemsichten und Handlungsmöglichkeiten, die sich durch dezidiert eingerichtete Beteiligungsformate ergeben und mehrheitlich dem Erreichen eines Konsenses dienen (Rosol/Dzudzek 2018: 331), stehen ebenso im Fokus der Kritik wie der verstärkte Einbezug privater Akteur\_innen. Ungleichheiten hinsichtlich wirtschaftlicher und politischer Macht, Artikulationsfähigkeit und organisatorischer Stärke der Beteiligten kommen in kommunikations-, verhandlungs- und konsensorientierten Partizipationsformaten ganz besonders stark zum Tragen (Franta 2020: 39; Rosol/Dzudzek 2018: 330 f.).

Angesichts dieser Kritiken wurde in jüngerer Zeit verstärkt nach alternativen Verständnissen von Partizipation gesucht, die bestehenden Planungslogiken widersprechen. Der kritische Ansatz des „insurgent planning“ (Miraftab 2009) beispielsweise rückt die Gefahren einer funktionalistischen Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Partizipation unter Bedingungen neoliberaler Governance ins Zentrum (ebd.: 33 ff.) und betont die Destabilisierung bestehender Ordnungen durch widerständige Praxen außerhalb etablierter Machtstrukturen und dominanter Planungspraxen (Kirk/Behm Josa 2024: 348). Unter dem entlehnten Begriff der „insurgent participation“ wiederum betrachtet Hilbrandt (2017: 542) staatlich orchestriertes Planungshandeln hinsichtlich der Frage, wie hier Widerständigkeit entstehen kann.

Ergänzend dazu fokussiert auch das agonistische Planungsmodell (Kühn 2021; Pløger 2004) auf Machtverhältnisse. Dabei kritisiert es die grundlegende Konsensorientierung des kommunikativen Planungsmodells und setzt stattdessen den Konflikt als Basisbedingung von Planungsprozessen (Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 438; siehe auch Mouffe 2005). Aktuell erfährt dieses Modell viel Aufmerksamkeit, da es vor Verwaltungsherrschaft schützen soll und verspricht, die Zahl wachsender Differenzen und einhergehender Konflikte in der Gesellschaft sichtbar und vor allem produktiv zu machen (Hesse/Kühn 2023b: 431; Pløger 2023: 449). Vielfach wird das agonistische Planungsmodell gar als Reaktion auf die Unzulänglichkeiten des rationalistischen und kommunikativen Modells betrachtet (Bertram/Altrock 2023: 495).

Trotz seiner theoretischen Stärke hat das agonistische Planungsmodell in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens kaum weiterführende Entwicklungen oder systematische Anwendungen erfahren (Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 441; für Ausnahmen siehe Pløger 2021, 2023). „Dieses distanzierte Verhältnis zur Planungspraxis lässt befürchten, dass agonistische Planungstheorie sich als paradigmatische Verschiebung nur auf Theorieebene entpupp[t].“ (Reuter 2023: 464)

Die bislang skizzierten planungstheoretischen Positionen machen deutlich, wie verschiedenartig Konflikte im Kontext partizipativer Planung adressiert werden – sei es durch Rationalisierung, Konsensorientierung, die Betonung subversiver Kraft oder agonistische Konfliktorientierung. Doch erst in der Zusammenschau mit der stadtgeographischen Debatte eröffnet sich ein umfassenderes Verständnis davon, wie sich dieser Umgang konkret im Urbanen niederschlägt. Hier bietet

insbesondere die Frage der Postpolitisierung von Stadt wichtige theoretische Anschlussstellen, da sie Planungsprozesse als Teil umfassender gesellschaftlicher Entpolitisierungsprozesse interpretiert. Im folgenden Abschnitt wird diese Debatte als analytischer Rahmen eingeführt.

## 2.2. Die postpolitische Kondition des Städtischen und Leerstellen der kritischen Forschung zu Beteiligung

Das strukturelle Ausblenden des Konflikthaften aus dem Feld städtischer Politik (Michel/Roskamm 2013: 9), wie es in der Konsensorientierung von Planungsbeteiligung seinen Ausdruck findet, wird in der Stadtgeographie als „Postpolitisierung“ oder Postdemokratisierung bezeichnet (u. a. Swyngedouw 2009). Erik Swyngedouw konstatierte als einer der ersten Geograph\_innen, dass vielen Städten des globalen Nordens die „eigentliche Politik“ ausgetrieben worden ist (Koch/Beveridge 2018: 279). Gemeint ist damit das Verschwinden genuiner Politik entsprechend eines Verständnisses radikaler Demokratietheorie. Zentral für dieses Verständnis ist die Unterscheidung zwischen *Politik* und *dem Politischen*, die als kritischer theoretischer Rahmen eine von städtischen politischen Institutionen unabhängige politische Ebene zu adressieren und zu untersuchen erlaubt (Flügel-Martinsen 2017: 161 ff.).

*Politik* umfasst vor allem hierarchische und institutionelle Strukturen und beschreibt deren Tendenz, Rollen sowie Funktionen in Gesellschaften zu verteilen und festzuschreiben beziehungsweise zu normalisieren (Koch/Beveridge 2018: 284). *Das Politische* dagegen bezieht sich auf einen spezifischen dissensuellen Charakter sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Aushandlungen und geht somit über den Begriff *Politik* hinaus (Beveridge/Richter 2018: 65). Der Gehalt *des Politischen* wird dabei unterschiedlich bestimmt: etwa als Bühne des gemeinsamen und freien Austauschs unter Gleichen (bei Hannah Arendt), als Momente der Begegnung *polizeilicher* Ordnung und *politischer* Infragestellung derselben (bei Jacques Rancière) oder als fortwährender Antagonismus (bei Chantal Mouffe). Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass Machtverhältnisse als kontingent verstanden werden (Hesse/Kühn 2023b: 430).

Aus stadtgeographischer Perspektive beschränkt sich Postpolitisierung nicht allein auf institutionelle Prozesse, sondern manifestiert sich im städtischen Raum: In der „Verschließung einer räumlichen Ordnung und der Produktionsweise des Raums, indem diese Ordnung und Produktionsweise zunehmend unveränderbar erscheinen und

alternative Raummodelle unsichtbar bleiben“ (Rosemann 2013: 51). Die Entwicklung des Ökonomischen zum alternativlosen Ordnungsprinzip der Gesellschaft (Rosol 2013: 135; Schaal/Ritzi 2012: 7 ff.) ist dafür ein Beispiel. Wenn Planung – wie etwa bei einer durch neoliberale Logiken geprägten, auf Management ausgerichteten Governance der Fall (Legacy et al. 2019: 275) – mit vorstrukturierenden, konsensorientierten und Legitimation schaffenden Beteiligungsformaten einhergeht, läuft sie Gefahr, zu einem postpolitischen Werkzeug zu werden und bestehende räumliche Verschlusspunkte zu reproduzieren (Rosemann 2013: 53 f.).

Das bereits eingeführte agonistische Planungsmodell wurde entwickelt, um das Politische wieder in der Planung zu verankern (Pløger 2004, 2018; Purcell 2009; Roskamm 2015). Das Modell stützt sich maßgeblich auf das von Chantal Mouffe (2005) in die Debatte eingebrachte Konzept des agonistischen Pluralismus, wonach es in pluralistischen Gesellschaften immer ein nicht überwindbares, essentielles Mindestmaß an Konflikt gibt (Pløger 2018: 267; siehe auch Hesse/Kühn 2023b: 430; Reuter 2023: 464). Dieses soll nicht eliminiert werden, „da die Akzeptanz und Legitimierung von Konflikten ja gerade das ist, was eine pluralistische Demokratie auszeichnet“ (Mouffe 2005: 28). Stattdessen geht es darum, Konflikt produktiv zu machen (Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 443). Mouffe (2005: 28 f.) zufolge gelingt das, indem Konflikte mit anderen nicht im Modus der Feindschaft (Antagonismus) ausgetragen werden, sondern als Widerstreit von Kontrahent\_innen oder Gegner\_innen (Agonismus), bei dem sich gegenseitiger Respekt über die Differenz hinweg manifestiert. Agonistische Planung erkennt Konflikte, sofern es sich um agonale Auseinandersetzungen handelt, als „immanent und positiv“ (Hesse/Kühn 2023a: 417) an und grenzt sich damit deutlich vom kommunikativen Planungsideal ab.

Die Frage, wie sich die Planungspraxis dem produktiven Agonismus zuwenden kann, ist bislang nicht abschließend geklärt (McAuliffe/Rogers 2019: 304). Zwar gingen aus der Kritik am agonistischen Modell bereits vereinzelte Anwendungsversuche in der Planungspraxis (Bertram/Altrock 2023: 496; Hilbrandt 2017), in konzeptionellen und methodischen Ansätzen (Heindl 2022; Pløger 2021, 2023) sowie Ergänzungen um weitere theoretische Ansätze hervor (Rosol 2014; Pull/Cruickshank 2025). Doch jenseits theoretischer Ideale des agonistischen Pluralismus wurden Gegenentwürfe zur konsensorientierten Planung bislang selten realisiert (Hesse/Kühn 2023a: 418; Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 445; McAuliffe/

Rogers 2020: 243). So bleibt offen, wie demokratische Institutionen Konflikte konkret strukturieren sollen (Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 443) und welche prozeduralen Voraussetzungen eine solche Praxis erfordert (Reuter 2023: 464). Statt strukturelle Machtverhältnisse zu thematisieren, wird in der agonistischen Planung Verantwortung für Konfliktaustragung individualisiert, weshalb Grischa Bertram und Uwe Altröck (2023: 496) von einem „wachsende[n] Auseinanderklaffen von theoretischem Ansatz und Planungspraxis“ sprechen.

Zum Schließen dieser Lücke kann der vorliegende Artikel beitragen, indem er postpolitische Einhegungen von Beteiligung kritisch analysiert, die Differenz zwischen agonistischem Planungsmodell und planerischer Praxis als analytischen Ausgangspunkt versteht und praktische Konfliktöffnungen innerhalb von Planungsverfahren systematisch fokussiert. Ziel ist es, eine konstruktive methodologische Perspektive zu entwickeln, die eine Blickverschiebung auf emanzipatorische Momente (mit Gribat/Lutz 2018: 86 f. verstanden als Möglichkeitsfenster und Gelegenheitsstrukturen) in der Planungspraxis erlaubt. Dabei integriert der Artikel auch die Kritik, Beiträge der kritischen stadtgeographischen Forschung zur partizipativen Stadtplanung würden eine berechenbare „Tendenz [...] zur Bestätigung allgemein gehaltener Thesen zur Neoliberalisierung“ (ebd.: 86) und somit eine Neigung zur Pauschalisierung und Finalisierung aufweisen. Anstatt in einer binären Sichtweise die Kooptierung von Partizipation durch hegemoniale Ordnungen dem eher unwahrscheinlichen Idealbild eines radikalen Bruchs gegenüberzustellen, so die Forderung, solle künftig verstärkt auf kleine und alltägliche Momente der Emanzipation in partizipativen Prozessen eingegangen werden (MacGregor 2021).

### 2.3. Blickverschiebung auf emanzipatorische Momente: Lefebvres Ansatz differentieller Raumproduktion

Für eine Analyse partizipativer Planungsprozesse mit der Perspektivverschiebung auf emanzipatorische Momente schlägt dieser Beitrag vor, Aspekte von Lefebvres Vision der differentiellen Raumproduktion in der aktuellen Planungsdebatte aufzugreifen. Diese sind bisher weitestgehend unbeachtet geblieben (Leary-Owhin 2018: 2).

Lefebvre arbeitete seine Vision der differentiellen Raumproduktion anknüpfend an seine Kritik der fordistischen Stadt heraus (hier im Hinblick auf die für den Beitrag relevanten Aspekte auf Basis von Mullis 2013,

2017 und Haderer 2017 zusammengefasst). Ausgehend von der theoretischen Annahme einer – in Städten aufgrund ihrer Zentralität besonders breit gefächerten – Gesamtheit gleichzeitig möglicher Differenzen beziehungsweise Begegnung von Unterschiedlichkeit, entwickelte Lefebvre die Vision eines *differentiellen Raums* (Lefebvre 1991 [1974]). Der differentielle Raum ist durch eine Gleichzeitigkeit von (spontanen) Begegnungen, Wertvorstellungen, Lebensentwürfen, Wünschen und Bedürfnissen gekennzeichnet (Haderer 2017: 66) und beansprucht die Möglichkeit der Abweichung. Henri Lefebvre beruft sich dafür unter anderem auf ein *Recht auf Stadt*, welches in individueller Devianz von vorgegebenen Kategorien alltäglich praktiziert wird.

Die Idee einer differentiellen Raumproduktion beinhaltet somit neben der Kritik an Entfremdung und Fremdbestimmung die Forderung nach einer von Kontingenzbewusstsein[1] geprägten Alltagspraxis und breiten Teilhabe an der sozialen Produktion des Raums. Als Gegenpol zur Fremdbestimmung fungiert bei Lefebvre der Begriff der *autogestion*, als Selbstverwaltung im Sinne emanzipatorischer, egalitärer und direktdemokratischer Praxen (Mullis 2013: 60). Sie ist nach Lefebvre als fortwährender Prozess des Nutzens und Erschaffens von Möglichkeiten der Intervention gegen die Fremdbestimmung zu verstehen, als Modus, Differenzen tagtäglich zu leben und Konflikte zuzulassen (ebd. 2017: 107 f.). Zentral ist eine stetige Offenheit der Praxis und des Denkens, so frei von Fremdbestimmung wie möglich, und somit die Ablehnung jeder Art von Dogmatismus oder Finalismus (ebd. 2013: 64).

Dem stehen aktuelle städtische Raumproduktionen in ihrer neoliberalen Ausrichtung und postpolitischen Tendenz entgegen: Regierungsmodi der Delegitimierung und Vereinnahmung von Konflikt und Protest in partizipativen, konsensorientierten Planungen sowie postulierte Alternativlosigkeiten stadtpolitischer Entwicklungspfade schränken die Vielfalt von Raumproduktionen ein und erschweren das Denken und Entfalten von Differenz sowie pluralen Alternativen. Ein Modus differentieller Raumproduktion, verstanden als Recht auf Abweichung, auf die Vorstellung einer stets möglichen, anderen Gesellschaft und auf die gleichberechtigte Teilhabe an ihrer Produktion, kann der postpolitischen Stadt als Utopie entgegengesetzt werden. Gleichzeitig vermag dieser Modus – entsprechend der im Abschnitt 2.2. formulierten Forderung kritischer Stadtgeographie – einer auf die Überwindung von pauschalen und finalisierenden Kritiken angewiesenen Forschungsperspektive

zur Verschiebung des Fokus zu verhelfen: Mit Lefebvres Ansatz wird nicht (nur) eine *spezifische* alternative räumliche Organisation vorgeschlagen, sondern ein emanzipatorisches, alltägliches *Prinzip* von Raumproduktionen. Dieses setzt das Differentielle als normatives Grundprinzip, spürt alternative Raumproduktionen stets aufs Neue auf, stärkt sie und sucht nach Verschiedenartigkeiten, Widersprüchen und noch so kleinen Begegnungen von Differenzen. In der Folge bedeutet das Anerkennen differentieller Raumproduktionen, den Fokus von Letztbegründungen der Stadt hin zur empirischen Identifikation von emanzipatorischen Momenten zu lenken, als Möglichkeitsfenster zum Aufbrechen hegemonialer Raumproduktionen.

### **3. Methodologischer Ansatz zur Erfassung emanzipatorischer Momente in partizipativen Planungsprozessen**

In Kapitel 2. wurde deutlich, dass Lefebvres Beobachtungen zum Städtischen als Möglichkeitsraum für die Begegnung von Differenzen und die Forderung nach einer von Kontingenzbewusstsein geprägten Praxis der Raumproduktion auf theoretischer Ebene wesentliche Parallelen aufweisen zur Forderung agonistischer Planung nach Offenheit für die Produktivität von Konflikt. Auch die gegenwärtig bestehenden Herausforderungen einer Anwendung agonistischer Planungsmodelle wurden im vorigen Kapitel benannt: Die Modelle sind noch wenig ausgearbeitet dahingehend, wie eine konfliktoffene Planung konkret umgesetzt werden kann – wie also widersprüchliche Positionen in Planungsprozessen durch eine plurale Teilnehmerschaft artikuliert, nachvollzogen, ausgehalten oder anerkannt und dann baulich umgesetzt werden könnten. Überzeugende Beispiele aus der Praxis können jedoch zu einer Verfeinerung theoretisch-konzeptioneller Debatten und beispielsweise agonistischer Planungsmodelle beitragen sowie dazu ermutigen, (städtische) Austauschforen als „einen Raum für Argumentation“ (Heindl/Robnik 2024: 17) zu initiieren und differentiell ausgerichtete Raumproduktionen zu stärken.

Geht man nun mit Lefebvres Ansatz des differentiellen Raums davon aus, dass das Nutzen und Erschaffen von Möglichkeiten der Intervention gegen Fremdbestimmung in alltäglichen Praxen als emanzipatorisches Prinzip von Raumproduktionen verankert ist, so gilt es, Ansatzpunkte zu entwickeln, um solche emanzipatorischen Momente von Alltagspraxen in der empirischen Forschung aufspüren zu können. Zu diesem Zweck

## **Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren**

wird im Folgenden ein methodologischer Ansatz dargestellt, der im Rahmen einer Untersuchung des Beteiligungsprozesses zur Planung des Stadtraums Bayerischer Bahnhof in Leipzig entwickelt wurde. Der Ansatz fokussiert darauf, die den Beteiligungsprozessen möglicherweise innewohnenden, aber bisher kaum sichtbar gemachten Momente der Öffnung von Räumen für die Formulierung und Reflexion von Widerspruch herauszuarbeiten. Der Ansatz ist ein Angebot für künftige Forschungsarbeiten, emanzipatorische Momente differentieller Raumproduktion im Spannungsverhältnis zwischen partizipativem Anspruch und institutioneller Realität von Beteiligungsprozessen deziert in den Blick zu nehmen.

Der Ansatz sensibilisiert die Analyse stadtplanerischer Beteiligungsprozesse für (flüchtige) Momente der Differenz beziehungsweise Widerspruchsformulierung im Verlauf von Beteiligungsprozessen. Er schlägt vor, sich diesen emanzipatorischen Momenten in drei aufeinander aufbauenden Schritten zu nähern. Hierbei wird (1) der Umgang mit vorstrukturierten Partizipationsformaten, (2) der Umgang mit sozialen Selektivitäten in Beteiligungsformaten und Reflexionen über zugrundeliegende Exklusionsmechanismen sowie (3) die im Verlaufe der Veranstaltungen explizit gemachten Ansprüche einer kontingenten, differentiellen Raumproduktion systematisch fokussiert. Diese Schritte wurden auf Grundlage einer exemplarischen empirischen Untersuchung (Dreißig 2021) am Fallbeispiel des Beteiligungsprozesses zum Planungsvorhaben des Stadtraums Bayerischer Bahnhof in Leipzig entwickelt[2] und bilden die Analysekatoren des vorgestellten Ansatzes.

### **3.1. Fallbeispiel: Beteiligung im Stadtraum Bayerischer Bahnhof, Leipzig**

Der Stadtraum Bayerischer Bahnhof umfasst ein 36 Hektar großes ehemaliges Bahngelände in innenstadtnaher Lage Leipzigs. Nach mehr als einem Jahrzehnt planerischer Inaktivität entwickelte sich das Gebiet zum drittgrößten Wohnungsbauvorhaben der Stadt (Rometsch 2022: 15; Staeubert/Meine/Orbeck 2022: 22). Zwischen 2011 und 2023 wurden verschiedene Beteiligungsformate initiiert, die jedoch von deutlichen zeitlichen Brüchen und wechselnden institutionellen Konstellationen geprägt waren (Stadt Leipzig 2025).

Der Beteiligungsprozess begann 2011 mit einem städtebaulichen Wettbewerb, dessen Ergebnisse öffentlich präsentiert wurden (Stadt

Leipzig 2013). 2012 folgte auf Initiative der Stadt ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren mit Bürgerforum, ganztägigem Workshop und öffentlicher Ergebnispräsentation (ebd.). Ziel war es, Konfliktlinien frühzeitig sichtbar zu machen und Impulse aus der Bürgerschaft in die Planung einzubeziehen (ebd.: 8). Zwischen 2012 und 2018 blieb der öffentliche Dialog dann weitgehend aus, während Investoren\_innen das Gelände sicherten und vertragliche Grundlagen für die Entwicklung verhandelt wurden (Stadt Leipzig 2019a: 4). Erst ab 2019 wurde die Beteiligung wieder aufgenommen. Ein Stadtteilspaziergang, zwei Bürgerforen sowie zwei themenspezifische Workshops zu Grünflächen und Mobilität schufen erneut Räume für Beteiligung (Stadt Leipzig 2025). Doch ein kontinuierlicher Dialog etablierte sich auch in dieser Phase nicht: Nach einem weiteren Forum im Oktober 2020 fand die nächste größere Veranstaltung erst im November 2023 statt (StadtLabor 2024). Insgesamt nahmen etwa 650 Anwohner\_innen, Interessierte und Akteur\_innen der Stadtplanung sowie der Vorhabenträger\_innen am Beteiligungsprozess teil (Stadt Leipzig 2025).

Zu Beginn des zweiten Beteiligungsverfahrens (ab 2019) waren die „Grundstrukturen der Pläne und wesentliche Inhalte [...] zwischen Eigentümer und Stadt schon festgelegt“ (Stadt Leipzig 2019a: 4). Geplant waren bereits der Bau von 1.600 Wohnungen, 150.000 Quadratmeter für Büro- und gewerbliche Nutzung, 330 Kitaplätze und drei Schulen sowie ein Stadtteilpark und entsprechende Wegeverbindungen (Stadt Leipzig 2019c).

Die vorliegende Analyse basiert auf der circa 100 Seiten umfassenden schriftlichen Dokumentation des informellen Beteiligungsverfahrens zum Planungsprozess in Form von vier Bürgerforen und drei Themenworkshops (aus den Jahren 2012, 2019 und 2020) sowie dem Transkript eines leitfadengestützten Expert\_inneninterviews mit der für die Ausgestaltung des Beteiligungsverfahrens verantwortlichen Person. In Anwendung einer inhaltlich-strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (Schreier 2014: Abs. 12; Stamann/Janssen/Schreier 2016: Abs. 19) wurden Analysekatoren in einem induktiv-deduktiven Prozess entwickelt[3]. Diese Kategorien wurden für die softwaregestützte Codierung des gesamten Analysematerials eingesetzt. Die zugehörigen drei Dimensionen des Ansatzes werden im Folgenden vorgestellt und anhand des Fallbeispiels veranschaulicht.

### 3.2. Umgang mit Vorstrukturierungen – flüchtiges Aufscheinen von thematischer und organisatorischer Differenz im Verlauf der angebotenen Beteiligungsformate

Beteiligungsformate strukturieren durch die gewählten Themensetzungen, Arbeitsmethoden sowie die für Artikulation und Debatte eingeplanten Zeitfenster die Problemsichten und Handlungsmöglichkeiten vor. Wie in Abschnitt 2.1. bei der Ausführung zur kommunikativen Planung dargestellt, können diese *Vorstrukturierungen* in konsensorientierten Beteiligungsangeboten als Beiträge zu einer konfliktvermeidenden, postpolitischen Stadtentwicklung verstanden werden. Ein solches Regiert-Werden steht der Vision einer differentiellen Raumproduktion – gekennzeichnet durch eine Praxis der Offenheit und pluralen Möglichkeiten – zumindest graduell entgegen. Um differentielle Momente im Verlauf von Beteiligungsformaten zu erfassen, kann daher zunächst das Spannungsfeld zwischen solchen thematisch und organisatorisch angelegten Vorstrukturierungen und flüchtigen Momenten der Abweichung davon betrachtet werden. Letzteres kann sich sowohl in konfliktermöglichenden Gestaltungselementen der Partizipationsformate zeigen als auch in den inhaltlichen Debatten im Verlauf dieser Veranstaltungen.

In der Fallstudie zum Leipziger Bauvorhaben Stadtraum Bayerischer Bahnhof wurden zunächst die Position und die Funktion der Veranstaltungsformate (fünf Bürgerforen, drei Themenworkshops und ein Stadtteilspaziergang) vor dem Hintergrund des Planungsvorhabens analysiert. Auf dieser Grundlage wurden die bei den jeweiligen Formaten eingesetzten Arbeitsmethoden (Podiumsgespräche, Gruppenarbeiten, Hinweistafeln etc.) vertiefend betrachtet und im Kontext ihrer Funktion für das gesamte Vorhaben interpretiert. In den Gruppenarbeitsphasen der Workshops (2012, 2019, 2020) wurden Planungsalternativen intensiv und mit unterschiedlichen Ergebnissen diskutiert – dieses öffnende Moment war neben den vorgelagert-informierenden und nachgelagert-synthetisierenden Elementen der Bürgerforen dezidiert geplant (Stadt Leipzig 2019b: 13; Expert\_inneninterview in Dreißig 2021: Z. 53-58). Beim Abgleich der teils vorab festgelegten und am Gesamtvorhaben ausgerichteten Themenschwerpunkte mit den Inhalten, die in den jeweiligen Beteiligungsformaten verhandelt wurden, zeigten sich kleine Abweichungen von den vorab definierten Schwerpunkten in den thematischen Workshops „Stadtteilpark und Grün“ sowie „Mobilität und Verkehr“.

Hier wurde in den Gruppenarbeiten nicht nur über die Struktur des Stadtteilparks, über Wegebeziehungen und Hundewiesen diskutiert, sondern ebenso über Höhe und Dichte der Bebauung, die Kindertagesstätten und den Technoclub „Distillery“. In den Tagesordnungen der Workshops waren diese Themen nicht vorgesehen und in den jeweils vorgeschalteten Bürgerforen auch nicht zur Verhandlung gestellt. Indem die Themen dennoch zur Sprache kamen, wurden die Eingrenzung der zur Debatte gestellten Themen infrage gestellt, die Themen in einen größeren Problemzusammenhang gebracht, abweichende Positionierungen artikuliert und somit zumindest temporär ein Raum für widersprüchliche Perspektiven auf das gesamte Planungsvorhaben geöffnet.

Natürlich nimmt das Aufkommen solcher Diskussionen alleine noch keinen Einfluss auf die Planung. Der offene Charakter der Gruppenarbeitsphasen und die von den Themen abweichenden verhandelten Inhalte können jedoch als flüchtige Momente thematischer und organisatorischer Differenz verstanden werden. Inwieweit diese Momente eine Bedeutung entfaltet haben, etwa indem Teilnehmende widersprüchliche Positionen wahrgenommen und reflektiert haben oder indem bei den Workshops entwickelte Gedanken später in stadtpolitische Debatten eingingen oder gar durch die Fachplanung aufgegriffen wurden, ließ sich aufgrund der begrenzten Empirie nicht nachvollziehen.

Zusammenfassend fokussiert die erste Analysekategorie des methodologischen Ansatzes auf die *thematische und organisatorische Strukturierung von Partizipationsformaten*. Differenz wird hier rekonstruiert, indem Abweichungen zwischen der grundlegenden Ausrichtung der Planungsvorhaben und der thematischen und organisatorischen Strukturierung und Umsetzung von Beteiligungsveranstaltungen vergleichend herausgearbeitet werden. Solche Abweichungen können sowohl auf organisatorischer Ebene in den vorstrukturierten Formaten angelegt sein als auch auf thematischer Ebene durch den Umgang der Teilnehmenden mit den vorgegebenen Inhalten erfolgen. Bei der Analyse kann die Unterscheidung in zwei Aspekte hilfreich sein: der Blick auf die verhandelten Inhalte in den partizipativen Formaten sowie auf die organisatorische Gestaltung der Auseinandersetzung durch die jeweils eingesetzten Arbeitsmethoden.

### 3.3. Umgang mit sozialen Selektivitäten – flüchtige Momente der emanzipatorischen Reflexion ungleicher Voraussetzungen von Beteiligung

Eng verbunden mit den Kritiken der Konsensorientierung und Vorstrukturierung der Partizipationsformate sind Fragen gesellschaftlicher Ungleichheiten. In Abschnitt 2.1., bei den Ausführungen zur kommunikativen Planung, wurde die Reproduktion bestehender Verhältnisse und Ordnungen durch die implizite *soziale Selektivität* kommunikativer Planung benannt, die sich aus ungleichen Teilnahmevoraussetzungen und damit verbundenen Artikulations-, Organisations- und Durchsetzungsfähigkeiten der Teilnehmenden einerseits sowie der Marginalisierung von Nichtteilnehmenden andererseits ergibt. Eine differenzielle, auf Pluralismus und Anerkennung von Konflikt ausgerichtete Planungspraxis setzt entsprechend einen proaktiven Umgang mit sozialen Selektivitäten voraus, der auf eine gleichberechtigte Teilhabe an den Formaten zur Konfliktartikulation und Entwicklung sowie zur Entscheidung städtischer Planungen zielt. Um differenzielle Momente im Verlauf von Beteiligungsformaten zu erfassen, können außerdem Momente eines emanzipatorischen Umgangs mit Mechanismen sozialer Exklusion in kommunikativer Planung analysiert werden. Hierfür müssen zunächst ungleiche Voraussetzungen für die Beteiligung an Planungsprozessen identifiziert werden. Dann ist zu fragen, inwieweit verantwortliche und beteiligte Akteur\_innen diese Exklusionsmechanismen und einhergehende Interessen reflektiert haben.

Aus der Analyse des empirischen Materials der Fallstudie geht hervor, dass sich verschiedene Akteur\_innen eine breite Beteiligung der Stadtgesellschaft in ihren unterschiedlichsten Facetten wünschten (u. a. StadtLabor 2023). Ungleiche Teilnahmevoraussetzungen und konkrete Ansatzpunkte, diesen zu begegnen, wurden jedoch lediglich im Interview mit der für die Ausgestaltung des Beteiligungsverfahrens verantwortlichen Person reflektiert. Hierbei wurde ein gewisses Bewusstsein für die sozialen Konstellationen in den Partizipationsformaten erkennbar:

„Also, allein die Erfordernis einer Anmeldung ist ja schon mal ein gewisser Hinderungsgrund vielleicht für manche. [...] Also, mehr Werbung für Veranstaltungen ist sicherlich immer möglich. Bestimmte Zielgruppen wurden jetzt nicht gezielt angefragt oder angesprochen. Das hätte stattfinden können [...]. Und weiterhin sind natürlich so grundsätzliche Aspekte auch immer: Wie wird

eine Kinderbetreuung angeboten [...]? Das gab es nicht. Eine Online-Übertragung der Workshops gab es, wie gesagt, auch nicht, was vielleicht noch weiteren Menschen die Beteiligung ermöglicht hätte, die eben nicht vor Ort kommen konnten.“

(Expert\_inneninterview in Dreißig 2021: Z. 291-302)

Offen bleibt, warum trotz des Wissens um potenzielle Exklusionsmechanismen keine entsprechenden Maßnahmen getroffen wurden, die eine breitere Teilnahme ermöglicht hätten. Das hier eher beiläufig formulierte Bewusstsein für soziale Selektivitäten sowie die Reflexionen zu deren Abbau können jedoch auch als emanzipatorisches Wissen um Möglichkeiten zur Gestaltung von zukünftig differentiellen ausgerichteten partizipativen Formaten betrachtet werden.

Zusammenfassend fokussiert die zweite Analysekategorie des methodologischen Ansatzes auf den *Umgang mit sozialen Selektivitäten kommunikativer Planung*. Differenz wird hier rekonstruiert, indem Reflexionen über Ausschlüsse, Exklusionsmechanismen und mögliche Umgangsweisen damit herausgearbeitet werden. Eine solche Analyse sollte daher zumindest auf drei Aspekte fokussieren: (1) ungleiche Machtpositionen und einhergehende Artikulations-, Organisations- und Durchsetzungsfähigkeiten als Voraussetzungen für die Teilnahme an Beteiligungsformaten, (2) Reflexionen von beteiligten und zu beteiligenden Akteur\_innen für die Existenz sozialer Selektivitäten und zugrunde liegende Exklusionsmechanismen sowie (3) mögliche, geforderte oder antizipierte Zielvorstellungen zum Umgang mit sozialen Selektivitäten.

### 3.4. Äußerung von Ansprüchen differentieller Raumproduktion –

#### *Spuren von Kontingenzbewusstsein im Beteiligungsverfahren*

Über die fortwährende Abweichung von thematischen und organisatorischen Vorstrukturierungen sowie über Reflexionen und emanzipatorische Rejustierungen sozialer Selektivitäten hinaus stellte sich im Rahmen der empiriegeleiteten Kategorieentwicklung die Frage, wie eine allgemeinere, normative Orientierung auf Grundideen einer differentiellen Raumproduktion hin erfasst werden kann. Wie in Abschnitt 2.3. ausgeführt, steht Lefebvres differentieller Raum weniger für einen spezifischen, holistischen Gegenentwurf zur fordistischen Stadt, sondern vielmehr für ein Prinzip von Raumproduktion: für das stetig Alternativen Produzierende und die stetige *Möglichkeit* zur Differenz. In Abschnitt

2.3. wurde dafür bereits der damit verbundene Begriff der Kontingenz benannt. Das Vorhandensein eines damit in Verbindung stehenden Bewusstseins für Kontingenz – also des *per se* stets anders Möglichen – steht im Interesse der dritten analytischen Kategorie dieses Beitrags.

Um ein solches *Kontingenzbewusstsein* analytisch fassen zu können, wird das Material zunächst daraufhin untersucht, inwieweit sich die Teilnehmenden darüber bewusst sind, dass Beteiligungsprozesse bestimmte *Problemsichten* vorstrukturieren und andere ausblenden, dass sie interessen geleiteten *Rationalitäten* folgen, in darauf abgestimmten *Formaten* und Maßnahmen realisiert werden sowie dafür erforderliche *Subjektzuweisungen* vornehmen. Diese vier Aspekte sind an Foucaults Konzept der „Gouvernementalität“ angelehnt, wie es bei Marit Rosol und Sebastian Schipper (2014: 272) diskutiert wird. Foucault beschreibt Gouvernementalität als eine spezifische Weise des Regierens, die Handlungsfelder anderer strukturiert, sie indirekt anleitet und zur Selbstführung befähigt. Die vier zentralen Aspekte des Regierens – Problematisierungen, Rationalitäten, Technologien und Subjektivierungsweisen – wurden in der empirischen Arbeit als deduktive Unterkategorien verwendet. Ziel war es, die in den partizipativen Formaten sowie im Expert\_inneninterview geäußerten Begründungen und Zielsetzungen für das Beteiligungsverfahren im Allgemeinen zu strukturieren und dabei Forschung zu sensibilisieren im Hinblick auf hintergründige, machtvoll wirkende Logiken mit potenziell emanzipatorischem Gehalt. Dieser grundlegende theoretische Ansatz wird hier in aller Kürze auf Basis der Ausführungen von Rosol und Schipper (2014) vorgestellt.

Es kann also erstens nach den zugrunde liegenden Problemwahrnehmungen im Kontext der Planungsverfahren gefragt werden – danach, was überhaupt regiert beziehungsweise zu welchem Zweck überhaupt beteiligt werden soll. Im Zuge neoliberaler Hegemonialisierungsprozesse urbaner Governance richten sich diese Problemwahrnehmungen häufig maßgeblich auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des kommunalen Standorts. Es schließen sich zweitens Mechanismen an, die eine Realität so strukturieren, dass sie für spezifische politische Programme bearbeitbar und steuerbar wird – dies sind die Rationalitäten des Regierens. Dabei werden Objekte und Felder des Regierens sowie Prinzipien und Aufgaben – in diesem Fall des Beteiligens – aktiv konstruiert (Rosol/Schipper 2014: 272 ff.). Die

Technologien des Regierens setzen drittens an diesen Rationalitäten an. Sie bestehen aus einer Vielzahl von Instrumenten, Verfahren und Institutionen, die im Bereich der Beteiligung eingesetzt werden. Der vierte Aspekt, die Subjektivierungsweisen, zielt schließlich auf die Frage ab, wie durch Regierungstechniken Subjekte hervorgebracht werden. In der Praxis des Regierens werden dabei bestimmte Ideen von Subjektivität vermittelt, etwa durch die Zuweisung von Identitäten oder die Konstruktion idealtypischer Handlungsmaßstäbe in partizipativen Prozessen (ebd.: 275 f.). Beispielhaft lässt sich die Subjektivierung kommunaler Entscheidungsträger\_innen und Planer\_innen als Manager\_innen der Stadt anführen (ebd.: 281).

Diese vier Aspekte erwiesen sich – insbesondere im Zusammenspiel – als hilfreiche Ansatzpunkte, um Begründungen innerhalb des Beteiligungsverfahrens systematisch als Ausdrücke von Regierungsmodi zu verstehen und vor dem Hintergrund einer neoliberalen Hegemonie und der häufig konsensuellen Ausrichtung partizipativer Verfahren zu reflektieren. Ein Beispiel hierfür ist die Benennung einer konkreten Technologie des Regierens, etwa die einer frühzeitigen Bürger\_innenbeteiligung, die im Rahmen einer konsensuellen Rationalität mit einer allgemeinen Beteiligungsfunktion verknüpft wurde: der Minimierung von Reibungen (Stadt Leipzig 2020: 6). Diese wurde wiederum als Reaktion auf eine Problematisierung, nämlich die Komplexität des Großprojekts, eingeführt. Anhand des Fallbeispiels konnten auf diese Weise hintergründige Logiken der (partizipativen) Planung analysiert und Hinweise auf ein Bewusstsein für die Kontingenz urbaner Raumproduktion identifiziert werden.

Neben der dominierenden konsensuellen Rationalität traten auch differenz- und konfliktbewusstere Logiken hervor. So wurde im ersten Bürgerforum nicht nur gefordert, dass „die zukünftigen Bewohner Einflussmöglichkeiten erhalten [...]. Es wurde für die Planung und die Umsetzung gewünscht, dass noch Spielräume für eine offene Entwicklung oder Zufälle zugelassen und Zwischennutzungen ermöglicht werden.“ (Stadt Leipzig 2013: 7) Auch eine Äußerung im Expert\_inneninterview kann als Ausdruck einer differenzbewussten Logik gelesen werden:

„Und es gibt wenig Spannenderes, als sich mit der Umwelt zu vergleichen und zu sehen, dass es Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt, und aus beidem, ja, eine Bereicherung empfinden zu können. Und das ist ja das gleiche bei der Stadtplanung. Da gibt es immer

## Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren

verschiedene Interessen und verschiedene Wünsche und verschiedene Ängste. [...] Und wenn das geleistet werden kann, dass Menschen sich austauschen über ihre Interessen und Wünsche und da ein gegenseitiges Verständnis entsteht, dann ist schon ganz viel gewonnen.“

(Expert\_inneninterview in Dreißig 2021: Z. 329-337)

An dieser Reflexion zeigt sich, dass sich eine andere Subjektivierung herausbilden konnte, als ausgehend von den Thesen der kritischen Stadtforschung pauschal zu erwarten gewesen wäre – wenngleich auch Subjektpositionierungen vollzogen wurden, die an die aktivierende Politik der neoliberalen Stadt erinnern. So wurde seitens der Stadtverwaltung betont, „dass die Bürgerinnen und Bürger [...] beim Prozess im Mittelpunkt stünden“ (Stadt Leipzig 2020: 6), und an ihre Einmischung appelliert (ebd. 2019b: 6).

Dies zeigt, dass eine Blickverschiebung des empirischen Zugangs – trotz fortbestehender Vorstrukturierungen kommunikativer Planungspraxen – auch Hinweise auf Kontingenzbewusstsein beziehungsweise ein Bewusstsein für Konflikthaftigkeit und Nichtvorherbestimmbarkeit urbaner Raumproduktionen sichtbar machen kann. Diese Beispiele können somit als Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Planungs- und Wissenschaftspraxis verstanden werden.

Zusammenfassend fokussiert die dritte Analysekategorie des methodologischen Ansatzes auf das *Bewusstsein für die Kontingenz urbaner Raumproduktionen*. Differenz wird hier rekonstruiert, indem Hinweise auf das Bewusstsein für die Nichtvorherbestimmtheit und Konflikthaftigkeit urbaner Planung herausgearbeitet werden. Hierbei bietet sich an, die Analyse entlang der folgenden vier Fragen vorzunehmen:

1. Welche Problematisierungen werden reflektiert, auf die mit partizipativen Formaten reagiert werden soll?
2. Wie werden Aufgaben, Felder und Prinzipien im Sinne von Rationalitäten des Regierens im Kontext von Beteiligung reflektiert?
3. Welche Reflexionen werden getätigt zu partizipativen Formaten und Maßnahmen im Sinne von Technologien des Regierens?
4. Inwieweit machen sich Teilnehmende partizipativer Planungsprozesse die ihnen und anderen zugewiesenen Rollen und Handlungsmaßstäbe im Sinne von Subjektivierungsweisen bewusst?

Insgesamt ergibt sich aus diesen Erörterungen ein Ansatz zur Erfassung differentieller Momente in partizipativen Planungsprozessen, der aus drei Kategorien mit mehreren untergeordneten Aspekten besteht. Die drei Kategorien sind in der praktischen Anwendung nicht immer trennscharf, sondern müssen vom Material her gedacht werden. Der methodologische Ansatz zielt darauf ab, bestehende Widersprüche in Planungsprozessen sichtbar zu machen. Für zukünftige Analysen partizipativer Planungsprozesse, welche die Lücke zwischen (kritisch-theoretisch informiertem) Planungsmodell und partizipativer Planungspraxis (z. B. Bürgerbeteiligungsverfahren) bearbeiten, bietet der hier vorgestellte Ansatz Einstiegspunkte für eine kritische Interpretation, die sich an der Vision eines differentiellen Raums als normativer Leitperspektive orientiert.

#### **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Dieser Aufsatz gibt zunächst einen Überblick über die stadtgeographische und planungstheoretische Debatte zu partizipativen Planungsprozessen (vgl. Kap. 2.). Dabei werden wesentliche Aspekte einer Kritik an der postpolitischen Ausrichtung von Bürger\_innenbeteiligung benannt, die in einer Konsensorientierung und einer faktischen „non-participation“ (Arnstein 1969: 217) zusammenlaufen. Das agonistische Planungsmodell integriert demgegenüber theoretisch Konflikt und Widerspruch in Planungshandeln. Allerdings hat auch die Auffassung von „Konflikt als Basisbedingung des Planens“ (Mäntysalo/Mattila/Hirvola 2023: 438) in den vergangenen Jahren nicht dazu geführt, Konflikt wirksam in die Planungspraxis einzubinden – und somit die Lücke zwischen Planungsideal und -praxis zu schließen.

Inspiziert durch Lefebvres differentielle Raumproduktion entwickelte der vorliegende Beitrag einen methodologischen Ansatz, der unauffällige und beiläufige, im Alltag von Beteiligungsverfahren eingebettete emanzipatorische Praxen sichtbar macht, jeder Art von Finalismus entgegentritt und die stetig mögliche Vorstellung eines anderen Urbanen stärkt. Am Beispiel des Planungsprozesses Stadtraum Bayerischer Bahnhof in Leipzig wurde der Ansatz zur Erfassung differentieller Momente herausgearbeitet und veranschaulicht.

## Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren

Anliegen des Aufsatzes ist somit, dazu beizutragen, empirische Analysen auf folgende kleinteilige Nuancen in Planungsprozessen zu fokussieren:

- differentielle Momente, welche in den angewendeten Arbeitsmethoden und dem Spektrum der diskutierten Themen aufscheinen und potenziell die *Vorstrukturierungen* von Beteiligungsverfahren unauffällig aus ihrer postpolitischen Verschließung herauslösen können;
- ungleiche Teilhabe(-voraussetzungen), die in Beteiligungsverfahren vorhanden sind, sowie artikuliertes Bewusstsein für und Umgangsweisen mit diesen *sozialen Selektivitäten*;
- ein im Beteiligungsverfahren artikuliertes Bewusstsein über die Art der diskursiven Rahmung von Problemen im Kontext hegemonialer Stadtentwicklungsmodi, über davon abhängige Bearbeitungsformate sowie über die *Kontingenz* urbaner Raumproduktion.

Ein solches Wissen um beiläufige Formen emanzipatorischer Öffnung postpolitischer Verschlusspunkte bietet konstruktive Potenziale für eine Neuausrichtung von Planungspraxen und eröffnet Möglichkeitsräume für eine differentielle, Widersprüche anerkennende Zukunft urbaner Gesellschaften. Künftige Forschung kann an diesen Ansatz anknüpfen, um Spannungsverhältnisse zwischen institutionalisierter Beteiligung und emanzipatorischen Alltagspraxen systematisch zu untersuchen.

Der Ansatz des differentiellen Raums nach Lefebvre erinnert daran, dass Stadt nicht allein durch Planungsverfahren gemacht wird, sondern in der Weise, wie Menschen Stadt leben, deuten und verändern. In dieser Perspektive kann ein kritisches Korrektiv zur Planungslogik liegen, die selbst im agonistischen Modell noch auf institutionelle Prozesse und regelgeleitete Konfrontation fokussiert bleibt und in Distanz zur Planungspraxis steht (Reuter 2023: 464).

Die Verknüpfung von agonistischem Planungsverständnis und Lefebvres differentiellem Raumdenken eröffnet daher mehr als nur eine theoretische Ergänzung: Sie verschiebt die Blickrichtung – weg von der Idee, dass partizipative Teilhabe und damit Demokratie immer organisiert werden muss, hin zu der Einsicht, dass Teilhabe auch so geschehen kann. Planung wird dabei nicht entwertet, aber dezentriert: als eine Struktur unter vielen, durch die sich Stadtgesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit artikuliert. Damit bietet der hier entwickelte Ansatz nicht nur eine methodologische Linse für die Analyse von

Planungsverfahren, sondern auch einen normativen Impuls für eine Planung, die Stadt als offenen, konflikthaften und gestaltbaren Prozess begreift – auch dort, wo niemand offiziell beteiligt wurde.

Bei einem solchen anderen Blick auf Planungspraxis könnten mit dem hier vorgestellten Analysekonzept durchgeführte, empirische Analysen von Bürger\_innenbeteiligungsverfahren nützliche Hinweise darauf geben, wie Spannungsverhältnisse zwischen institutionalisierter Beteiligung und Alltagspraxen als emanzipatorische Momente aufscheinen: durch spezifische Erarbeitungsformate und Weisen der Themenmoderation, durch darin bestehende Möglichkeitsfenster für eine Reflexion über die soziale Selektivität von Planungsprozessen und durch die Herausbildung eines Bewusstseins für die Kontingenz urbaner Raumproduktionen.

### Danksagung

Der Dank der Autor\_innen gilt den anonymen Reviewer\_innen für ihre konstruktive Kritik und hilfreichen Anregungen.

*Die Publikation dieses Beitrags wurde durch das Finanzierungsprojekt KOALA (Konsortiale Open-Access-Lösungen aufbauen) ermöglicht.*

### Endnoten

- [1] Der Begriff *Kontingenzbewusstsein* wird hier und im Folgenden verstanden als eine Aufmerksamkeit in der Konstitution von Partizipationsprozessen (Gribat/Lutz 2018: 82) dafür, dass Dinge trotz ihrer spezifischen raumzeitlich-kontextuellen Prägung immer auch anders sein könnten (Marchart 2010: 80; zit. nach Mullis 2017: 40). Der in Kapitel 3.4. eingenommene analytische Blick auf Kontingenzbewusstsein in Partizipationsprozessen fokussiert darauf, ob und wie in Planungsprozessen ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür besteht oder sich herausbilden kann und Partizipationsprozesse damit per se von *politischem* Charakter sind.
- [2] Die in diesem Beitrag vorgestellten Analysekatogorien wurden auf Basis einer begrenzten Empirie erstellt (zahlreiche Dokumente zum Planungsvorhaben, acht schriftliche Dokumentationen von Beteiligungsformaten, ein Interview), die den Anlass für die Entwicklung des methodologischen Zugangs bot. Vor diesem Hintergrund sind sie als vorläufige Einstiegspunkte zu verstehen, die weitere Untersuchungen inspirieren und durch diese weiterentwickelt werden können. Um die inhaltlichen Dimensionen des Ansatzes ausreichend analysieren zu können und so belastbare Aussagen zu emanzipatorischen Momenten in vorstrukturierten Beteiligungsprozessen treffen zu können, müsste der Feldzugang breiter aufgestellt werden. So böten beispielsweise teilnehmende Beobachtungen von Beteiligungsveranstaltungen und deren Bekanntmachung sowie Gespräche mit weiteren beteiligten oder exkludierten Akteur\_innen (z. B. aus Anwohnerschaft, lokalen Initiativen, Verwaltung, Politik und privatwirtschaftlichen Akteur\_innen) zu deren Vorstellungen, Erwartungen, Vorwissen sowie Vorerfahrung bezüglich Planungsverfahren über einen längeren Zeitraum hinweg (im

## Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren

Idealfall ein Zeitraum, der vor dem eigentlichen Planungsprozess beginnt und lange nach dessen Umsetzung endet) die Möglichkeit, Strukturierungen, Selektivitäten und Kontingenzbewusstsein differenzierter zu rekonstruieren.

- [3] Die induktiv-deduktive Entwicklung der Analysekatgorien setzte zunächst bei Aspekten aus dem Forschungsstand (siehe Kapitel 2.) an. Diese Aspekte wurden auf Grundlage des empirischen Materials ausgearbeitet und dann in drei Kategorien gefasst, deren Benennung wiederum auf Aspekte des Forschungsstands zurückgriff. Abweichend davon wurde die dritte Kategorie anschließend mithilfe weiterer theoretischer Grundlagen ausdifferenziert.

### Autor\_innen

**Leon Johannes Dreißig** arbeitet im Feld der kritischen Stadtgeographie insbesondere zu Neoliberalisierungen, Infrastrukturpolitiken und aufenthaltsrechtlicher Prekarisierung.  
leon.dreissig@posteo.de

**Anne Köllner** ist Stadtgeographin und befasst sich u.a. mit dem Politischen. Ihre Schwerpunkte liegen auch im Bereich Praxistheorie und qualitative Methoden.  
anne.koellner@uni-leipzig.de

**Lea Bauer** ist Humangeographin mit den Schwerpunkten Kritische Kartographie, Politische/Visuelle Geographie, qualitative und künstlerische Methoden.  
l\_bauer@leibniz-ifl.de

### Literatur

- Arnstein, Sherry R. (1969): A ladder of citizen participation. In: *Journal of the American Institute of Planners* 35/4, 216-224.
- Bertram, Grischa F. / Altrock, Uwe (2023): Jenseits agonistischer Planungstheorien: Die „Normalität“ von Protesten und ihr Einfluss auf die Konfliktaustragung in der räumlichen Planung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 493-508.
- Beveridge, Ross / Richter, Anna (2018): Die post-politische Stadt. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 63-68.
- Dreißig, Leon J. (2021): Möglichkeiten und Grenzen differentieller Raumproduktion am Beispiel des Stadtentwicklungsprojekts „Stadtraum Bayerischer Bahnhof“ in Leipzig. Unveröffentlichte Bachelorarbeit. Leipzig: Universität Leipzig, Institut für Geographie.
- Dzudzek, Iris / Reuber, Paul / Strüver, Anke (2011): Räumliche Repräsentationen als Elemente des Politischen. Konzeptionelle Grundlagen und Untersuchungsperspektiven der Humangeographie. In: Iris Dzudzek / Paul Reuber / Anke Strüver (Hg.), *Die Politik räumlicher Repräsentationen. Beispiele aus der empirischen Forschung*. Münster: LIT, 3-23.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2017): Befragungen des Politischen: Subjektkonstitution – Gesellschaftsordnung – Radikale Demokratie. Wiesbaden: Springer.
- Franta, Lukas (2020): Protest und Demokratie: Zum Verhältnis von Stadtplanung, Stadtpolitik und Gesellschaft aus demokratietheoretischer Perspektive. In: *derivé. Zeitschrift für Stadtforschung* 79/April-Juni, 37-42.
- Gribat, Nina / Kadi, Justin / Lange, Jan / Meubrink, Yuca / Müller, Jonas (2017): Planung als politische Praxis. Zur Einleitung in den Themenschwerpunkt. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtplanung* 5/1-2, 7-20.
- Gribat, Nina / Lutz, Manuel (2018): Planung und Partizipation: Zwischen Emanzipation, Kollaboration und Vereinnahmung. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.), *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 81-99.

- Haderer, Margaret (2017): Recht auf Stadt! Lefebvre, urbaner Aktivismus und kritische Stadtforschung. In: Sarah Kumnig / Marit Rosol / Andreas Exner (Hg.), *Umkämpftes Grün. Zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript, 63-78.
- Hamedinger, Axel (2020): Ist die kommunikative Planung am Ende? Protest und BürgerInnenbeteiligung in der Stadtentwicklung aus planungstheoretischer und planungspraktischer Sicht. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* 79/April-Juni, 4-10.
- Healey, Patsy (1992): Planning through debate. The communicative turn in planning theory. In: *Town Planning Review* 63/2, 143-162.
- Heindl, Gabu (2022): *Stadtteilkonflikte – Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung*. Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Heindl, Gabu / Robnik, Drehli (2024): *Nonsolution: Zur Politik der aktiven Nichtlösung im Planen und Bauen*. Hamburg: adocs.
- Hesse, Markus / Kühn, Manfred (2023a): Planungskonflikte in der pluralistischen Demokratie: agonistische Planung zwischen Theorie und Praxis. Editorial. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 417-421.
- Hesse, Markus / Kühn, Manfred (2023b): Planungskonflikte in der pluralistischen Demokratie. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 422-436.
- Hilbrandt, Hanna (2017): Insurgent participation: Consensus and contestation in planning the redevelopment of Berlin-Tempelhof airport. In: *Urban Geography* 38/4, 537-556.
- Keim, Rolf (2014): Das Paradigma der Beteiligung: Chance oder Vereinnahmung sozialer Bewegungen? In: Norbert Gestring / Renate Ruhne / Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen. Stadt, Raum und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, 179-196.
- Kirk, Richard / Behm Josa, Derrick (2024): Contesting elite capture: Repositioning insurgent planning for mass movements. In: *Human Geography* 17/3, 347-352.
- Koch, Philippe / Beveridge, Ross (2018): Postpolitische Stadt. In: Dieter Rink / Annegret Haase (Hg.), *Handbuch Stadtkonzepte: Analysen, Diagnosen, Kritiken und Visionen*. Stuttgart: UTB, 279-297.
- Kühn, Manfred (2021): Agonistic planning theory revisited: The planner's role in dealing with conflict. In: *Planning Theory* 20/2, 143-156.
- Lanz, Stephan (1996): *Demokratische Stadtplanung in der Postmoderne*. Oldenburg: BIS.
- Leary-Owhin, Michael E. (2018): Henri Lefebvre, planning's friend or implacable critic? In: *Urban Planning* 3/3, 1-4.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): *The production of space*. Oxford u. a.: Blackwell. (Übers. Donald Nicholson-Smith)
- Legacy, Chrystal / Metzger, Jonathan / Steele, Wendy / Gualini, Enrico (2019): Beyond the post-political: Exploring the relational and situated dynamics of consensus and conflict in planning. In: *Planning Theory* 18/3, 273-281.
- MacGregor, Sherilyn (2021): Finding transformative potential in the cracks? The ambiguities of urban environmental activism in a neoliberal city. In: *Social Movement Studies* 20/3, 329-345.
- Mäntysalo, Raine / Mattila, Hanna / Hirvola, Aino (2023): Institutional gaps in agonistic and communicative planning theories. Critical implications of the „systemic turn“ in deliberative democracy theory. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 437-448.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- McAuliffe, Cameron / Rogers, Dallas (2019): The politics of value in urban development: Valuing conflict in agonistic pluralism. In: *Planning Theory* 18/3, 300-318.
- McAuliffe, Cameron / Rogers, Dallas (2020): Value pluralism in urban planning. In: *Planning Theory* 19/2, 242-248.
- Michel, Boris / Roskamm, Nikolai (2013): Die post-politische Stadt. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 9-16.

## Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren

- MirafTab, Faranak (2009): Insurgent planning: Situating radical planning in the global south. In: *Planning Theory* 8/1, 32-50.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the political*. London: Routledge.
- Mullis, Daniel (2013): Recht auf die Stadt. Facetten und Möglichkeiten einer Parole. In: *Emanzipation* 3/2, 57-70.
- Mullis, Daniel (2017): *Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pløger, John (2004): Strife: Urban planning and agonism. In: *Planning Theory* 3/1, 71-92.
- Pløger, John (2018): Conflict and Agonism. In: Michael Gunder / Ali Madanipour / Vanessa Watson (Hg.), *The Routledge handbook of planning theory*. New York/London: Routledge, 264-275.
- Pløger, John (2021): Conflict, consent, dissensus: The unfinished as challenge to politics and planning. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39/6, 1294-1309.
- Pløger, John (2023): Agonism, decision, power – The art of working unfinished. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 449-460.
- Pull, Emil / Cruickshank, Jørn (2025): Spacing the post-political critique: Dealing with politics and spatial dissonance in suburban planning. In: *Urban Planning* 10, 9565. <https://www.doi.org/10.17645/up.9565>.
- Purcell, Mark (2009): Resisting neoliberalization: Communicative planning or counter-hegemonic movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Reuter, Wolf (2023): Konsens und Konflikt in einem Machtmodell von Planung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81/5, 461-477.
- Rometsch, Jens (2022): Quartier Bayerischer Bahnhof: Bau von 334 Wohnungen beginnt. Für Dösener Weg und Kohlenstraße liegen erste Baugenehmigungen vor, die Erdarbeiten starten bald. Im nächsten Jahr soll dort dann auch ein spektakuläres Musikzentrum folgen. In: *Leipziger Volkszeitung*, 28.10.2022, 15.
- Rosemann, Till (2013): Planning in the face of democracy: Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 1/2, 41-60.
- Roskamm, Nikolai (2015): Planungstheorie aktuell. Von rational bis agonistisch – eine Positionsbestimmung. In: *Planerin* 6, 9-11.
- Rosol, Marit (2013): Regieren (in) der neoliberalen Stadt. Foucaults Analyse des Neoliberalismus als Beitrag zur Stadtforschung. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3-4, 132-147.
- Rosol, Marit (2014): On resistance in the post-political city: Conduct and counter-conduct in Vancouver. In: *Space and Polity* 18/1, 70-84.
- Rosol, Marit / Dzudzek, Iris (2018): Partizipative Planung. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 329-334.
- Rosol, Marit / Schipper, Sebastian (2014): Das foucaultsche Konzept der Gouvernementalität. In: Jürgen Oßenbrügge / Anne Vogelpohl (Hg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 271-289.
- Schaal, Gary S. / Ritz, Claudia (2012): Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: *ethik und gesellschaft. ökumenische zeitschrift für sozialetik* 2. <https://doi.org/10.18156/eug-2-2012-art-1>.
- Schreier, Margrit (2014): Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: *Forum qualitative Sozialforschung* 15/1. <https://doi.org/10.17169/fqs-15.1.2043>.
- Selle, Klaus (Hg.) (1996): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen*. Wiesbaden/Berlin: Bauverlag.

- Selle, Klaus (2011): „Particitainment“ oder: Beteiligten wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird. In: Planung neu denken III, 1-19.
- StadtLabor (2023): Beteiligungsprozess zur Entwicklung des Stadtraums Bayerischer Bahnhof. <https://www.stadtlabor.de/portfolio/buergerbeteiligung-zur-entwicklung-des-stadtraums-bayerischer-bahnhof/> (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- StadtLabor (2024): Stadtraum Bayerischer Bahnhof Leipzig. Bürgerforum 8. November 2023 Evangelisches Schulzentrum. Dokumentation. [https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6\\_Dez6\\_Stadtentwicklung\\_Bau/61\\_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklungsprojekte/Bayerischer\\_Bahnhof/231108\\_5-Buergerforum\\_Stadtraum\\_Bayerischer\\_Dokumentation.pdf](https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/02.6_Dez6_Stadtentwicklung_Bau/61_Stadtplanungsamt/Stadtentwicklungsprojekte/Bayerischer_Bahnhof/231108_5-Buergerforum_Stadtraum_Bayerischer_Dokumentation.pdf) (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- Stadt Leipzig (2012): Bayerischer Bahnhof: Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird auf den Weg gebracht. <https://www.leipzig.de/news/news/bayerischer-bahnhof-konzept-zur-ffentlichkeitsbeteiligung-wird-auf-den-weg-gebracht> (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- Stadt Leipzig (2013): Stadtraum Bayerischer Bahnhof. 1. Phase. Öffentlichkeitsbeteiligung, Masterplanung. Dokumentation. Leipzig: Hausdruckerei der Stadt Leipzig.
- Stadt Leipzig (2019a): Bürgerforum, 23. September 2019, Media City, Leipzig. Dokumentation. Leipzig: Hausdruckerei der Stadt Leipzig.
- Stadt Leipzig (2019b): Themen-Workshop „Stadtteilpark und Grün“, 29. November 2019, Stadtbüro, Leipzig. Dokumentation. Leipzig: Hausdruckerei der Stadt Leipzig.
- Stadt Leipzig (2019c): Klare Planungsziele für Stadtraum Bayerischer Bahnhof. <https://www.leipzig.de/newsarchiv/news/klare%20planungsziele%20f%C3%BCr%20stadtraum%20bayerischer%20bahnhof> (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- Stadt Leipzig (2020): Themen-Workshop „Mobilität und Verkehr“, 3. Februar 2020, Stadtarchiv Leipzig. Dokumentation. Leipzig: Hausdruckerei der Stadt Leipzig.
- Stadt Leipzig (2025): Beteiligung und Mitwirkung. <https://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadtentwicklung/projekte/stadtraum-bayerischer-bahnhof/buergerbeteiligung> (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- Stadt Leipzig (o. J.): Der Dynamische Masterplan und die Teilgebiete in der Planung. <https://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadtentwicklung/projekte/stadtraum-bayerischer-bahnhof/der-dynamische-masterplan-und-die-teilgebiete-in-der-planung> (letzter Zugriff am 5.8.2025).
- Staeubert, Klaus / Meine, Björn / Orbeck, Matthias (2022): So könnte Leipzig am Ende dieses Jahrzehnts aussehen. Heute und morgen: Wie große Projekte und große Visionen das Stadtbild verändern, zum Motor einer innovativen Entwicklung werden und die Lebensqualität verbessern. In: Leipziger Volkszeitung, 11./12.06.2022, 22-23.
- Stamann, Christoph / Janssen, Markus / Schreier, Margrit (2016): Qualitative Inhaltsanalyse – Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. In: Forum Qualitative Sozialforschung 17/3. <https://doi.org/10.17169/fqs-17.3.2581>.
- Swyngedouw, Erik (2009): The antinomies of the postpolitical city: In search of a democratic politics of environmental production. In: International Journal of Urban and Regional Research 33/3, 601-620.

### **Exploring emancipatory moments in participatory urban planning. Differential spatial production as a starting point in the tension between institutionalized participation and theories of conflict-oriented planning**

Studies of urban geography often criticize participatory planning procedures for their post-political orientation. However, these contributions often lack the empirical precision to capture everyday contestations within such planning processes. They tend to offer blanket criticism of participation formats, which runs the risk of normalizing the

## **Emanzipatorische Momente in partizipativer Stadtplanung aufspüren**

post-political urban condition. Meanwhile, current planning theory models, particularly agonistic planning, are insufficiently applied in everyday planning practice. Against this backdrop, the article presents an empirical approach based on Lefebvre's concept of differential spatial production. This concept encourages shifting the perspective toward everyday emancipatory moments in participation processes: (1) the thematic and organizational structuring of participation format content, (2) addressing the social selectivity of communicative planning, and (3) recognizing the contingency of urban spatial production. These categories are illustrated using the participation process of the *Bayerischer Bahnhof* development area in Leipzig.

